

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zur Aktuellen Stunde

**Für Realismus und Pragmatismus in der
Flüchtlingspolitik**

während der Plenarsitzung vom 10.09.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

die steigende Zahl der Asylsuchenden in unserem Land stellt unsere Städte, Gemeinden und Landkreise vor erhebliche Herausforderungen. Zunächst danke ich an dieser Stelle nochmal allen haupt- und ehrenamtlichen Kräften in den Kommunen für ihr beherztes und engagiertes Handeln vor Ort. Dieses Engagement - über alle Verpflichtungen hinaus - ist großartig! Das kann man nicht oft genug sagen. Danke!

Die Probleme, die sich jetzt bei der Unterbringung der Flüchtlinge zeigen, sind durchweg hausgemacht.

Ja, sie sind im Kern unserer deutschen Bürokratie und Gründlichkeit geschuldet. Wir haben nun einmal klare Regelungen, wenn es um die „Nutzungsänderung“ von Gebäuden und medizinischen Einrichtungen geht.

Da hilft kein Zähneklappern.

Gefragt sind schnelle pragmatische Lösungen, diese Vorschriften zu durchleuchten, um sie ggf. ändern zu können. Dies betrifft zwar in der Masse Regelungen auf europäischer und Bundesebene. Aber auch die Länder sind gefordert, ihre Vorgaben zu überprüfen.

An dieser Stelle danke ich der Landesregierung für ihr schnelles Handeln, denn unsere Vorschriften befinden sich ja bereits auf dem Prüfstand.

Wir haben das Glück in einem wohlhabenden, großen Land zu leben, das die Zahl der Menschen, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen, definitiv schultern kann.

Eine wesentliche Voraussetzung für gute und schnelle Hilfe ist, dass das benötigte Geld zügig bei den Kommunen ankommt. Die bereits seit Jahren gängige Abrechnungspraxis steht schnellen und pragmatischen Lösungen – wie wir sie jetzt brauchen – eher im Wege.

Aber: Das Problem ist erkannt und wird abgestellt. Auch hierfür bedanke ich mich ausdrücklich bei der Landesregierung für ihr entschiedenes Handeln.

Wir werden alles daran setzen, dass die Mittel kurzfristig zur Verfügung stehen. Damit werden zusammen mit den bereits in diesem Jahr beschlossenen Erhöhungen, nahezu die von den kommunalen Spitzenverbänden geforderten Beträge erreicht.

Anrede,

Es muss an vielen Schrauben gedreht werden, um unsere Kommunen zu entlasten.

Insbesondere müssen die Asylverfahren beschleunigt werden. Und, gestatten Sie mir die Bemerkung, das hilft nicht nur den Kommunen, sondern insbesondere auch den

betroffenen Flüchtlingen, die nicht monatelang im völlig Unklaren über ihre Zukunft gelassen werden dürfen.

Für diese dringend notwendige Beschleunigung muss aber der Bund sorgen und deutlich mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereitstellen. Nur dann kann es gelingen, die Aufenthaltsdauer in den kommunalen Flüchtlingseinrichtungen zu reduzieren.

Eine weitere Stellschraube zur Entlastung unserer Kommunen ist die Verweildauer der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Durch die jetzt in Rekordzeit vorgenommene massive Erhöhung der Kapazitäten in den Landesaufnahmebehörden, können sich die Kommunen infolge einer längeren Verweildauer besser auf Zuweisungen einrichten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere die finanziellen Soforthilfen können natürlich nur kurzfristig helfen. Um zukunftsfähige und vor allem verlässliche Lösungen zu erzielen, muss der Bund bewegt werden, sich in dieser Frage zügig seiner Verantwortung zu stellen.

Deshalb wird es beim Treffen am 24. September im Kanzleramt nicht nur darum gehen, wie die 3 Milliarden Euro Bundesmittel an Länder und Kommunen verteilt werden. Es wird vor allem auch darum gehen müssen, dass der Bund seine Fürsorgepflicht gegenüber Ländern und Kommunen verlässlich regelt.

Wir werden auch künftig mit allen Beteiligten genau beobachten, wie sich die Situation entwickelt und ggf. nachsteuern.

In jedem Fall bleibt festzuhalten, dass wir es bei dem Maßnahmenpaket und insbesondere bei der schnellen 180 Millionen Euro schweren Hilfe für die Kommunen, mit einem beherzten, unkomplizierten und beispiellosen Anpacken einer Landesregierung zu tun haben.

Anrede,

ich stelle fest, der von Seiten der Opposition unternommene Versuch, die entschlossene, beherzte und immer noch von einer Willkommenskultur geprägten Flüchtlingspolitik zu skandalisieren, ist gescheitert.

Die Anträge der Opposition, mit der die heutige Sondersitzung gerechtfertigt werden sollte, haben sich durch Regierungshandeln längst erledigt.

Mit Verlaub: Wir sind vor der Lage!

Es taugt ganz und gar nicht, das Leid von Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Hunger, Elend und Armut hierher kommen, für die parteipolitische Agenda zu nutzen.

Allein bei dem Gedanken an die reflexartig geäußerten Reaktionen mit Forderungen nach alten Mustern wie zügigen Abschiebungen platzt mir der Kragen!

Gerade ich als Hildesheimer hätte es besser gefunden, wenn sich nicht jeder in der politischen Sommerpause zu Flüchtlingsfragen und insbesondere Willkommenskultur geäußert hätte.

Abgesehen davon entsprechen gerade solche Forderungen ganz und gar nicht christlichen Werten, die einige von uns auch im Parteinamen tragen.

Es gilt, was der Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont, Tjark Bartels, in Salzhemmendorf gesagt hat. Es besteht kein Anlass die weiße Fahne zu schwingen!

Wir alle in diesem Haus müssen an einem Strang ziehen und die Herausforderungen im Sinne der Gesellschaft und vor allem im Sinne der Flüchtlinge, gemeinsam anpacken. Und das lieber heute als morgen.

Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang den gemeinsamen Aufruf von DGB, der evangelischen Kirche, dem Bistum Hildesheim und der Unternehmerverbände von Dienstag.

Wenn es dann zwickt, könnte es Ihr Gewissen sein.

Vielen Dank.